

17. Wahlperiode

**abgelehnt von SPD, CDU und Linke**

**Antrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**BER braucht Expertise, Berlin braucht Klarheit**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Aufgrund der neuerlichen Verzögerungen bei der Fertigstellung des BER wird der Senat aufgefordert:

1. Einen Baubeirat zu installieren, der fachkundig die Arbeit des Aufsichtsrates unterstützt. Die Mitglieder sollen Fachleute mit technischem Knowhow sein, die in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung der Flughafengesellschaft den aktuellen und zukünftigen Fortschritt des Bauvorhabens BER begleiten und Vorschläge zur sachgerechten Abarbeitung der offenen Probleme machen. Die entstehenden Kosten trägt die FBB GmbH.
2. Dem Abgeordnetenhaus einen Statusbericht über den Zustand des Terminals vorzulegen, der auf Basis der Tätigkeit der Geschäftsführung seit Sommer 2012 die aufgenommen Mängel und Probleme benennt und die Lösungen auflistet.
3. Einen monatlichen Fortschrittsbericht über das Baugeschehen und die weitere Termin- und Kostenplanung dem Abgeordnetenhaus vorzulegen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. April 2014 zu berichten.

***Begründung:***

Auch 20 Monate nach der Absage der feierlichen Eröffnung von BER liegt dem Abgeordnetenhaus keine Bestandsaufnahme der Untersuchungen der Baustelle vor. Es gibt keinen Zeitplan zur Fertigstellung und die Kostenentwicklung ist unklar. Weitere dreistellige Millionenforderungen dürften kaum ausbleiben.

Diese Bilanz des größten Infrastrukturprojektes in Ostdeutschland ist beschämend, nicht nur für Berlin und die anderen Gesellschafter, sondern für Deutschland und sein Ansehen als Standort hoher Ingenieurkunst insgesamt. Daneben steigt die Unsicherheit in der Bevölkerung von Berlin und Brandenburg, ob der Flughafen jemals eröffnet wird, ob der Standort vielleicht noch geändert werden kann oder ob irgendwann Leipzig der Hauptstadtflughafen wird. Nicht zuletzt die Spekulationen aus der Flughafengesellschaft selbst über eine Offenhaltung von Tegel führen zu einer ungunstigen Stimmung und schüren Ängste im Norden Berlins.

Aktuell hat die Flughafengesellschaft belegt, dass nicht einmal der passive Lärmschutz in den Anliegergemeinden des BER in einem angemessenen Zeitrahmen installiert werden kann, also vergleichsweise einfache technische Lösungen für Wohn- und anderen Gebäude gefunden und eingebaut werden können.

Der Aufsichtsrat und die Vertreter Berlins in dem Gremium haben dem Abgeordnetenhaus in den letzten 20 Monaten nur wenige Informationen und Ausblicke hinsichtlich der Fertigstellung geliefert. Die Mitglieder erwecken den Anschein, dass sie selbst nur einen geringen Überblick haben, was auf der Baustelle läuft, welche Personalentscheidungen dort getroffen werden und was eigentlich die Teilziele auf dem Weg zur BER-Eröffnung sind. Diese Defizite in der Aufsichtsratsarbeit hätten durch eine personelle Teilerneuerung des Gremiums unter Gewinnung von Experten mit technischem Sachverstand abgebaut werden können. Die Chance dazu haben die Gesellschafter bisher nicht wahrgenommen.

Im Interesse der Berliner Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, der durch die Verzögerung geschädigten Unternehmen und nicht zuletzt wegen der bereits eingetretenen starken Rufschädigung der Berliner Politik, muss das Abgeordnetenhaus besser informiert und hinsichtlich der weiteren Abläufe eingebunden werden.

Zur Unterstützung der Arbeit des Aufsichtsrates soll ein Baubeirat gegründet werden, der hilft, die Arbeit der Geschäftsführung für den Aufsichtsrat und die Gesellschafter transparenter zu machen und Entscheidungen besser zu bewerten. Am Beispiel der versuchten Nordprielösung wird deutlich, wie Aufsichtsrat und Geschäftsführung das Gesamtprojekt wegen eines Nebenschauplatzes verzögert haben, anstatt sich auf wesentliche Dinge zu konzentrieren.

Das Abgeordnetenhaus muss laufend unterrichtet werden, wie das größte öffentlich getragene Bauprojekt der Region voranschreitet und ob es Aussichten zu einer Fertigstellung gibt.

Berlin, den 25. Februar 2014

Pop Kapek Otto Moritz  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen